

Federführung:
10-Personalmanagement
Produkt:
10.10 Personalmanagement

Datum:
02.06.2022

Beratungsfolge:	Sitzungsdatum:	
Haupt- und Finanzausschuss	14.06.2022	Vorberatung
Rat der Stadt Coesfeld		Entscheidung

Stellenplanerweiterung 2022

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe E 11 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, vier Stellen mit der Entgeltgruppe E 6 TVöD einzurichten

Sachverhalt:

Zu Beschlussvorschlag 1:

Bei der befristete Stellenausschreibung „Geschäftsführung Stadtmarketing“ als Elternzeitvertretung hat sich nach den Auswahlgesprächen keine geeignete:r Bewerber:in gefunden, die/der eine befristete Stelle antreten möchte. Eine erneute befristete Ausschreibung könnte zu einem ähnlichen Ergebnis führen. Der Bereich Stadtmarketing hat zudem einen allgemeinen Mehrbedarf angemeldet. Eine Überprüfung des Mehrbedarfes hat verwaltungsseitig bisher nicht stattgefunden. Um eine bessere Bewerberqualität erlangen zu können, soll nun eine zusätzliche unbefristete Stelle als Geschäftsführer:in Stadtmarketing als Erweiterung des Stellenplanes 2022 geschaffen werden. Nach der Elternzeit der aktuellen Geschäftsführerin soll diese mit Tätigkeiten der EG 11 weiterhin im Bereich Stadtmarketing eingesetzt werden.

Finanzielle Auswirkung: ca. 70.000 € jährlich (für 2022 ca. 25.000 €)

Zu Beschlussvorschlag 2:

Im Rahmen der Stellenplanberatungen 2021 wurde seitens der CDU ein Antrag für drei zusätzliche Stellen beim Baubetriebshof beantragt. Dieser wurde bis zur Neuordnung der Führungsstruktur im Rahmen einer Organisationsuntersuchung zurückgestellt. Die Neuordnung der Führungsstruktur ist nun abgeschlossen. Der Fachbereich Bauen und Umwelt hat nun für die Stellenplanberatungen 2023 um eine Aufstockung der Personalstärke um mindestens 1 Kolonne (4 Mitarbeiter:innen) im Gärtnerbereich gebeten. Eine Überprüfung der Erforderlichkeit konnte durch die Verwaltung bisher nicht erfolgen.

Die vom Fachbereich Bauen und Umwelt erbetenen vier Stellen sollen auf Wunsch des Rates im Rahmen der Erweiterung des Stellenplanes 2022 eingerichtet werden. Die Erforderlichkeit der

Stellen konnte von der Verwaltung im Rahmen eines Stellenbemessungsverfahrens noch nicht ermittelt werden.

Finanzielle Auswirkung: ca. 200.000 € jährlich (50.000 € pro Stelle) für 2022 ca. 50.000 €